



03.06.2014 | Nr. 311/14

Johannes Callsen und Barbara Ostmeier: CDU unterstützt Prüfung einer Olympiabewerbung für den Norden

Die CDU-Landtagsfraktion hat heute (3. Juni 2014) die ersten Schritte Hamburgs für eine mögliche Olympiabewerbung begrüßt und eine norddeutsche Allianz für die Ausrichtung der Spiele gefordert. Für die kommende Landtagssitzung hat sie einen entsprechenden Antrag gestellt und wirbt nun um die Unterstützung der anderen Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Dazu erklärten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, und die sportpolitische Sprecherin, Barbara Ostmeier:

„Wir begrüßen die Initiative der Hamburgischen Bürgerschaft, die Chancen einer Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und der Paralympics durch eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie zu prüfen. Wichtig ist bei einer solchen Großsportveranstaltung, dass die Bevölkerung mehrheitlich dahinter steht.“

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich in ihrem Antrag dafür aus, nach Absprache mit Hamburg einzelne Wettkämpfe über die Grenzen der Hansestadt hinaus auch an anderen Standorten im Norden auszurichten.

„Wir wollen eine norddeutsche Allianz für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und der Paralympics. Es ist wichtig, dass bei einer Bewerbung auch die benachbarten Bundesländer mit ins Boot geholt werden. Einige norddeutsche Standorte sind als Nebenaustragungsorte geradezu prädestiniert. Diese Potenziale sollten wir auf alle Fälle nutzen. Als Land zwischen den Meeren könnte Schleswig-Holstein hervorragend olympische Wettkämpfe auf dem Wasser – wie Segeln und Surfen - austragen“, betonte Callsen.

Ein Bewerbungskonzept Hamburgs unter Beteiligung aller fünf norddeutschen Bundesländer mit der Hansestadt als Chefinitiator und -ausrichter steigere auch die Chancen für eine positive Olympiabewerbung. Zudem würden dadurch die norddeutschen Bundesländer auch ein politisches Signal für ihre gute Zusammenarbeit senden.

„Da eine solche Olympiabewerbung nur im Schulterschluss mit allen wichtigen Akteuren in Sport, Politik und Gesellschaft erfolgen kann, werden wir in den nächsten Tagen die Gespräche mit den anderen Fraktionen im Landtag suchen. Unser Ziel ist es, dass wir in der Juni-Sitzung einen gemeinsamen Antrag im Landtag beschließen

werden“, erklärte Ostmeier.